

# Naturalisierung

## ★ sozialer ★

# Verhältnisse

## Geschlecht, Sexualität und Familie im Fokus rechter Politik

In den letzten Jahren entdeckten rechte politische Akteur\*innen ein neues Feindbild. Die sogenannte „Gender-Ideologie“ – gemeint sind alle Formen von Feminismen, Gleichstellung und liberalen Sexualpolitiken – schaffe „geschlechtslose Menschen“ und zerstöre Familien. Dagegen werden im Kampf um die Verteidigung von Privilegien „Natur“ und „Normalität“ ins Feld geführt.

Feminist\*innen wissen es längst: Man kommt nicht als Frau zu Welt, man wird es. Das gilt natürlich auch für Männer. Oder anders formuliert: Geschlecht ist keine innere Wahrheit des Menschen, die – einmal erkannt – ein Leben lang gültig bleibt, sondern ein Effekt unseres „Tuns“. Frau sein/Mann sein lässt sich als sedimentierte Geschichte geschlechtsspezifischer Praktiken verstehen, mit denen wir uns zur Frau / zum Mann machen bzw. dazu gemacht werden. Queer-feministische Theorien weisen besonders auf die Gewalt hin, die mit dieser permanenten (Selbst-)Zurichtung verbunden ist. Deutlich sichtbar wird diese Gewalt dort, wo Menschen Grenzen dessen, was als „normal“ gilt, überschreiten – etwa als Mobbing gegen queere Jugendliche in der Schule, als sexualisierte Herabwürdigung von Frauen in Sozialen Medien oder als physische, allzu oft tödliche Gewalt gegen Transpersonen.

Aber auch dort, wo die heterosexistische Geschlechterordnung bestätigt wird, wo also im Frau sein/Mann sein anatomisches Geschlecht, Geschlechtsidentität und heterosexuelles Begehren scheinbar bruchlos zusammentreffen, wirkt Gewalt. Viele Möglichkeiten, Wünsche und Bedürfnisse müssen vergessen, verdrängt und verworfen werden, damit wir zu „richtigen“ Frauen/Männern werden.

Haben wir diese Prozesse erst einmal durchschaut – so das Versprechen queerer Feminismen – verschwinden die Folgen dieser heterosexistischen Geschlechterordnung zwar keineswegs aus unserem Leben, doch wir gewinnen eine neue Perspektive und damit Handlungsfähigkeit: Nicht geschlechtliches oder sexuelles Anders-Sein ist das Problem, sondern eine Ordnung, die „andere“ markiert, diskriminiert, ausgrenzt und verfolgt. Anstatt uns von den Ansprüchen an

Weiblichkeit/Männlichkeit verrückt machen zu lassen, können wir diese in Frage stellen – und manchmal sogar ganz entspannt rechts liegen lassen. Folgerichtig umfasst diese Perspektive auch ein Bekenntnis zur Vielfalt von Lebensformen, das sich in politische Forderungen nach Akzeptanz, Schutz vor Diskriminierung und umfassender Gleichberechtigung übersetzt.

In diesen – hier sehr grob zusammengefassten – Grundlagen neuerer Geschlechtertheorien liegt sozusagen der wahre Kern der antifeministischen Vorwürfe, die sich allerdings unterschiedslos gegen jeden Feminismus, jede Form von Gleichstellungspolitik und jede liberale Sexualpolitik richten. Tatsächlich wollen Feminist\*innen und LGBTIQ+-Aktivist\*innen die scheinbare Alternativlosigkeit heterosexuell-patriarchaler Geschlechterverhältnisse hinterfragen. Die traditionelle Kleinfamilie gilt ihnen

als eine mögliche Lebensform unter vielen und verliert damit ihre privilegierte Stellung als einzig „normale“ Familienform. An diesem Punkt setzt der Antifeminismus an, der allerdings – darin liegt der wesentliche Unterschied zu den Diskussionen innerhalb feministischer Zusammenhänge – keine Debatte sucht, sondern mit Unterstellungen arbeitet, die auf Diskurszerstörung, Herabwürdigung und Mundtotmachen abzielen. Feminist\*innen und LGBTIQ+-Aktivist\*innen gelten den Antifeminist\*innen als „Genderistinnen und Vertreter der Homo-Lobby“, die eine vermeintliche „Gender-Ideologie“ vertreten. Dieser Kampfbegriff nutzt strategisch den Begriff „Gender“ – und nicht etwa „Feminismus“ oder „Frauenrechte“ – als zentrale Angriffsfläche. Ausgearbeitet wurde er ab Mitte der 1990er Jahre in einer Reihe von Publikationen des Vatikans, seit den 2000er Jahren findet er nicht nur bei christlichen Fundamentalist\*innen und Teilen der katholischen Kirche, sondern auch bei rechtskonservativen und rechts-extremen politischen Akteur\*innen, bei Männerrechtler\*innen bis hinein in den (liberalen) Mainstream Verwendung. In einer bewussten Fehlinterpretation feministischer und queerer Ideen wird den „Gender-Ideologen“ nicht die Erweiterung des Familienbegriffs im Sinne der realen Vielfalt vorgeworfen, sondern vielmehr die „Zerstörung der Familie“; die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wird zur „Schaffung des geschlechtslosen Menschen“ – vorzugsweise indem Kindern durch sogenannte „Frühsexualisierung“ (gemeint ist die Sexualpädagogik der Vielfalt) das Geschlecht und die Heterosexualität ausgetrieben würden; und die Strategie des Gender Mainstreamings wird zur Eliten-Verschönerung gegen das Volk und sein „natürliches“ Verständnis von Zweigeschlechtlichkeit.

Der Kampf gegen eine angebliche „Gender-Ideologie“ dient rechten politischen Akteur\*innen als Fokuspunkt und Projektionsfläche. Hier lassen sich einerseits verunsicherte Erfahrungen aus verschiedenen Lebensbereichen thematisieren und

andererseits Privilegien verteidigen. So kann u. a. die ökonomische Prekarisierung der letzten Jahrzehnte, das Ende der „Familienlöhne“ und damit des männlichen Alleinverdienersmodells ins Feld der Geschlechterverhältnisse verschoben und als „Krise der Männlichkeit“ reartikuliert werden, ohne dass Klassen- und ökonomische Verhältnisse zur Sprache kommen. Die Verteidigung der „Selbstverständlichkeit“ traditioneller Familienverhältnisse als einzig „normale“ und daher einzig normativ richtige Lebensform gegen die tatsächlich bestehende Vielfalt hilft, Zweifel am eigenen Lebensentwurf gar nicht erst aufkommen zu lassen, und verwandelt die Gewaltförmigkeit dieser „Normalität“ in Alternativlosigkeit. Damit einher geht auch die Verteidigung cis-männlicher Privilegien – u. a. die weitgehende Entbindung von Verantwortung für Reproduktionsarbeit, die Zuschreibung von Kompetenz und Stärke sowie die patriarchale Überordnung gegenüber anderen Geschlechtern. Ein Aspekt dieser patriarchalen Ordnung ist die Kontrolle weiblicher Sexualität.

Es ist daher kein Zufall, dass gerade sexuelle und reproduktive Rechte und insbesondere der Schwangerschaftsabbruch immer wieder im Fokus der Antifeminist\*innen stehen. Die Verteidigung elterlicher/väterlicher Macht über Kinder ist ein wesentlicher Aspekt der Angriffe auf Sexualpädagogik in Schulen, wo nicht nur die dort gelehrt Akzeptanz für Vielfalt abgelehnt wird, sondern der Anspruch staatlicher Bildungseinrichtungen auf Vermittlung von (demokratischen) Werten insgesamt. Nicht weniger vehement wird das Privileg verteidigt, Menschen mit anderen Lebensentwürfen zu diskriminieren. Besonders heftige Angriffe richten sich gegen jeden Versuch, LGBTIQ+-Personen durch Antidiskriminierungsgesetze und -richtlinien zu schützen und/oder Gleichberechtigung in Ehe- und Familienangelegenheiten herbeizuführen. Schließlich sei das – so die antifeministische Argumentation – in sich diskriminierend, da (fundamentalistische) Christ\*innen in ihrem Glauben eingeschränkt

würden, wenn sie LGBTIQ+-Personen zum Beispiel als Kund\*innen akzeptieren müssten.

Grundsätzlich ist reaktionärer Gegenwind für Feminist\*innen und Aktivist\*innen aus LGBTIQ+-Bewegungen nichts Neues, doch der aktuelle, gegen „Gender“ gerichtete Antifeminismus hat besondere Brisanz. Zum einen wirkt er als Scharnier, das religiöse Reaktionär\*innen und die politische Rechte von konservativ bis rechtsextrem zusammenführt und dessen Versatzstücke weit in den liberalen Diskurs hineinwirken – man denke etwa an die regelmäßigen Debatten um angebliche „Sprachdikate“. Zum anderen lassen sich dem Kampf „gegen Gender“ immer neue Themen zuordnen, die damit als Teil eines Kulturkampfes geframt und jeder rationalen Diskussion entzogen werden. „Anti-Gender“ bildet einerseits eine gemeinsame Chiffre für reaktionäre Positionen, bleibt jedoch andererseits durch seine Berufung auf naturalisierte Zweigeschlechtlichkeit breit anschlussfähig, da die vermeintlich naturgegebene Selbstverständlichkeit der Einteilung von Menschen in Männer und Frauen im Alltagsdenken verankert ist. Beängstigend ist nicht zuletzt, dass „Anti-Gender“ auch zum Einfallstor für dezidiert rechtsextreme Positionen wird, die eine Behauptungskette von der angeblichen Zerstörung „echter“ Männlichkeit und heterosexueller Familien, über niedrige Geburtenraten und vermeintlich mangelnde „Wehrfähigkeit“ zur rassistischen Panik vor einem elitengesteuerten „großen Austausch“ ziehen. Bislang verpönte völkische Politiken, die rassistische Ausschlüsse, homo- und transphobe Diskriminierung und den untergeordneten Einschluss „unserer“ Frauen in eine hierarchisch geordnete Gemeinschaft predigen, können so Anschluss an konservative Positionen finden, die ihrerseits in der sogenannten Mitte der Gesellschaft verankert sind.

---

Stefanie Mayer, Politikwissenschaftlerin, unterrichtet an der FH Campus Wien und beschäftigt sich mit feministischer Politik und Theoriebildung sowie mit Rechtsextremismus, Antifeminismus und Rassismus.